

Der mutige Pragmatismus des Robert Habeck

Welt, 30.05.2024, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus251759070/Robert-Habeck-Der-mutige-Pragmatismus-bei-der-CO2-Speicherung.html?sc_src=email_5974883&sc_lid=594039603&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=3734&sc_cid=5974883&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.5974883&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Die Erlaubnis der Regierung zur CO₂-Einlagerung war überfällig. Doch damit dieses Klimaschutz-Instrument auch Wirkung entfaltet, muss Habeck nachlegen. Hoffnung macht, dass er sich von international isolierten und gestrigen deutschen Klimaschützern nicht mehr abbringen lässt.

Die unterirdische Einlagerung von Kohlenstoffdioxid wird jetzt auch in Deutschland gesetzlich erlaubt. Der Beschluss des Bundeskabinetts war überfällig: Denn Klimaschutz ohne die „Carbon Capture and Storage“ (CCS) genannte CO₂-Abscheidung funktioniert nicht. Das haben Weltklimarat, internationale Energie-Agentur und zahllose Wissenschaftler und ausländische Umweltexperten immer wieder vorgerechnet.

Nur in Deutschland wollen die mitgliederstarken und politisch mächtigen Umweltgruppen nicht an diese Notwendigkeit glauben: Greenpeace, Umwelthilfe, BUND oder Nabu führen den Kampf gegen die CO₂-Abscheidung seit mehr als einer Dekade fast so emotional wie den gegen die Atomkraft. Auf Demonstrationen suggerierte Greenpeace mit mannshohen Bomben-Attrappen und Giftgas-Masken auf Plakaten, dass CO₂ explosiv und giftig sei. Eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit.

Nun setzt sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck über den Widerstand der Kern-Klientel seiner eigenen grünen Partei hinweg und legt ein überraschend weitreichendes CO₂-Speichergesetz vor. Dass die auf allen politischen Ebenen grüngeführte deutsche Energiepolitik einmal so pragmatisch agieren könnte, hätte vor wenigen Jahren kaum jemand für möglich gehalten.

Die CO₂-Einlagerung wird jetzt nicht nur unter dem Meeresboden erlaubt, sondern auch im Inland, wenn die Bundesländer dies wünschen. Die CO₂-Abscheidung und Einlagerung steht praktisch jeder Industrie offen, abgesehen von den Betreibern von Kohlekraftwerken.

In Ländern wie Dänemark, Norwegen oder Niederlande, die dem deutschen Grünen-Wähler stets als Ökovorbild galten, ist die CO₂-Verpressung an Land und auf See längst erlaubt und erprobt. Die USA fördern das CCS genannte Verfahren mit Milliardenbeihilfen, da bestimmte Wirtschaftssektoren wie insbesondere die Baustoff-Industrie nun mal nur auf diese Weise klimaneutral werden können.

Im Ausland fordern Umwelt- und Klimaorganisationen wie etwa der Environmental Defense Fund oder Bellona den Einsatz der CCS-Technik aktiv: Ihnen geht es längst nur um das Wie, nicht um das Ob.

Fundamental-Opposition gegen CO₂-Speichergesetz

Nur in Deutschland herrscht weiter Fundamental-Opposition: Habecks CO₂-Speichergesetz lasse „die fossilen Träume der Industrie wahr werden“, lästert Greenpeace. „Heute knallen die Sektkorken bei Shell, Exxon, Wintershall Dea, Equinor und Co“, glaubt der BUND für Umwelt- und Naturschutz zu wissen: Durch CCS werde „die Energiewende ausgehebelt“. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert, die „Industrialisierung der Nordsee“ zu verhindern – während sie zugleich mit dem geplanten Bau von rund 7000 Windrädern in der Nordsee keine Probleme zu haben scheint.

Diese Ablehnung einer international nicht nur akzeptierten, sondern durch die Vereinten Nationen sogar aktiv geforderten Klimaschutz-Technologie zeigt nur, wie isoliert die deutschen Umweltgruppen im internationalen Umfeld inzwischen agieren. Sie sind in den ideologischen Kämpfen der 80er-Jahre stecken geblieben, sehen CCS nur als „lebensverlängernde Maßnahme“ für fossile Energien. Eine inhaltlich völlig unbegründete Unterstellung.

Denn kein Betreiber oder Investor von Gaskraftwerken wird in Zukunft nun anfangen, das CO₂ am Schornstein abzufangen und einzulagern. Für ein Kraftwerk, das in Zukunft nur mit relativ wenigen Betriebsstunden in wind- und sonnenarmen Zeiten zum Einsatz kommt, ist die CCS-Technologie viel zu teuer.

Auch andere Industrien werden nicht in die Versuchung kommen, CO₂ aufwendig abzufiltern, anstatt in die CO₂-Vermeidung zu investieren. Die Förderpolitik des Bundes kann dafür garantieren, dass CO₂-Abscheidung wirklich nur dort zum Einsatz kommt, wo es keine wirtschaftlich zumutbaren Alternativen gibt.

Allerdings: Um CCS wirklich zu einem funktionierenden Klimaschutz-Instrument zu machen, muss noch viel geschehen. Privates Kapital muss mobilisiert werden, um die Infrastruktur für die CO₂-Entsorgung aufzubauen. Industriebetriebe brauchen eine verlässliche Berechnungsgrundlage dafür, dass sich der Bau einer CO₂-Abscheidungsanlage auch lohnt.

Doch die dafür nötige Planungssicherheit gibt das CO₂-Speichergesetz bisher nicht. Während bei erneuerbaren Energien oder der Wasserstoff-Wirtschaft konkrete Ausbauziele in Gigawatt ins Gesetz geschrieben sind, fehlen solch politische Zielgrößen im neuen CO₂-Speichergesetz noch völlig.

So bleibt es unklar und für die Unternehmen unberechenbar, ob es der Bundesregierung mit CCS als Klimaschutz-Option wirklich ernst ist. Hier muss im parlamentarischen Verfahren noch dringend nachgebessert werden.